

## Newsletter von Dr. Diether Dehm, MdB

Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

**Ein demokratisches Europa nur mit Demokratisierung  
der Ökonomie – gegen die Monopole**

14. Dezember 2017

---

Mit diesem Newsletter werden wieder praktische Initiativen vorgestellt, aber auch verstärkt grundsätzliche Fragen angepackt:

- mit mehr Bewusstheit zu klären, in welchen gesellschaftlichen „Milieus“ die Partei DIE LINKE sich bewegt und wie sie ihre Politik ausrichten will
- Gedanken zur letzten Bundestagswahl
- Die AfD im neuen Deutschen Bundestag
- Die Volksinitiative für eine Bundesratsinitiative zur Vermögenssteuer
- Macron und Europapolitik

u.a.m.

\*\*\*

## Klassensichten im solidarischen Kampf gegen die Kapitalprofiteure erwerben

Sind an der AfD immer nur die andern schuld? SPD und Grüne mit ihrer Austeritäts-Agenda2010? Der altdeutsche Untertanengeist vor allem „im Osten“? CDU/CSU mit rechten Parolen? Gilt also nur für uns Linke ein dreimalst selbstgefälliges „Weiter so!“?

Christian Baron hat mit mutiger Brillanz im „nd“ (und seinem Buch „Warum die Linken die Arbeiter verachten“) auch an Eribon und Owen Jones anknüpfend, die Linken zu neuem Denken gegen rechts angeregt. Aber auch dazu, die beiden „getrennten Lebenswelten“ - der urbanen „Milieus“ und die Werk tätigen - nicht mehr länger nur statisch gegeneinander zu definieren. Zu einer Art „drittem Weg“. Durchaus mit dem Grundgesetz, das ja - besonders eine sozialistische Partei - aufruft, „an der Willensbildung des Volks mitzuwirken“ (Art. 21), also ihre verschiedenen „Milieus“ nicht wählerfangend nur als passives Sprachrohr in verschiedenen Strömungen verschieden zu bedienen, sondern auch unter eigenen Anhängern Umdenken zu organisieren. Und zwar innerhalb beider „Milieus“! Aber Achtung: die „Weltoffenen“ werden stets zwischen uns und allen anderen Parteien schwanken. Die „Prekarisierten“ hingegen zunächst nur zwischen linken Persönlichkeiten, rechten Omnipotenz-Verheißungen oder der in den Stammtisch gebissenen Ohnmacht.

Die bürgerliche „Metapherntheorie“ lehrt, mit Feldzügen gegen falsche Wortbilder den Teufel rechter Ideologieelemente auszutreiben. So entstand eine Orwellsche Sprachpolizei. Eine Inquisition gegen Worte wie „Heimat“ als angeblicher Keimform von Nationalismus. Gegen (kindliches) Fremdeln als „Brutstätte“ von Fremdenhass. Wer israelische Siedlungen kritisierte, wurde flugs als „Antisemit“ gepostet. Wer für „Grenzen“ oder gar „Obergrenzen“ sprach (weil es weder in der Physik noch im sozialen Wohnungsbau etwas unbegrenztes gibt), kam an den Pranger: „AfD-affin“. Fast jeder Witz mit irgendeiner Geschlechtlichkeit

wies reflexartig „übergreifigen Sexismus“ aus. Wer die Rechtsgrundlagen der EU als menschenfeindlich kritisierte, wurde als „antieuropäisch“ ausgemacht (obwohl Russland und somit die größten europäischen Städte, Moskau und Petersburg, von dieser Rumpf-EU den Wirtschaftskrieg erklärt bekommen hatte). Womit der AfD das demagogische Privileg zugespielt wurde, motzig dem etablierten Euro-Hosianna-Chor entgegenzutönen. Und bei allem sollte das chauvinistische Schimpfwort „Bildungsferne“ den Elitären nur provinzielle Chauvis von unten fernhalten.

Die wenigen seriösen, psychologischen Studien hingegen legen „Rassismus“ nicht einfach als anschwellendes „Fremdeln“ bloß, sondern immer auch als terroristisch pervertierte Chiffre um den Kern subversiver Unzufriedenheit. Rassismus ersetzt dabei klassengesellschaftliche Zusammenhänge durch subkomplexe Assoziationen, also aus zusammengeklebten Vorurteilen: aus Sozialneid gegen oben und Ekel-Sperre gegen Geschädigtere. Antifaschistische Aufklärung gelingt darum wirkmächtig nur, soziale Widersprüche aufbrechend und aussprechend, also populär dechiffrierend. Und durch praktische Defragmentierung, also mittels logischer Klassensichten, die im solidarischen – ja, am besten im multikulturellen – Kampf gegen die Kapitalprofiteure erworben werden. (Streik auch als kulturell nachhaltigste Zivilisationsoffensive!) Wobei am jeweiligen Eigennutz der Aufzuklärenden durchaus angeknüpft werden darf: gegen Mietwucher und Gentrifizierung - auch im Prenzlauer Berg. Mit einem neuen Glücksentwurf für Alter und Rente. Für die materielle und kulturelle Aufwertung der Arbeitskraft. Für lebenslange öffentliche Bildungsangebote - bei radikaler Arbeitszeitverkürzung. Und für eine Zuwanderungspolitik, die das politische Asyl ausbaut, aber eben auch die mit den entsprechenden Asylanträgen befassten, lahmgesparten Ämter.

Ja, auch in proletarischen, wie multimigranten, prekarierten Lebenswelten muss noch erheblich mehr für Frauen-Selbstbestimmung, für internationale Solidarität, für die Genfer Flüchtlingskonvention und gegen die Fluchtursachen NATO und Freihandelsterrorismus (der sich als „neoliberal“ verharmlost) geworben werden.

Einerseits ist nicht jeder Geflüchtete eine „Bereicherung“ (wie F.J.Weise in BILD, 12.12.15 schrieb, so, als ob das lybische Mädchen übers Meer nach Deutschland gekommen wäre, um Herrn Weise oder Daimlers Zetsche zu bereichern). Andererseits wäre es deutsch-/EU-zentriert, nur hiesige Probleme bei Migration und Lohndrücker-Gefahren, beim imperialistisch-pervertierten Brain-Drain zu beklagen. Manch erschütterndes Foto ist noch nicht veröffentlicht: von stechmückenübersäten Babygesichtern, HIV-infizierten Alten, von Dahinsiechenden ohne Penny für Flucht und Schleuser in den ärmsten, ausgedörrten oder überschwemmten Ländern. Von dort, von wo nicht nur Geld, sondern Auszubildende, Ärzte, Architekten, Ingenieure und andere künftige Fachkräfte abgezogen und anderswo willkommen geheißen werden. Jede Milliarde raus aus dem NATO-Etat für die Entwicklungshilfe wäre eine kämpferische Forderung zur Verminderung der Fluchttragödien und für besseres Lebens – im Prenzlauer Berg, wie in Marzahn! Aber auch in Gambia. Antiimperialismus verbindet. Der Freihandelsterrorismus sollte dabei sprachlich nicht mehr länger als (neo-)liberal» versüßt werden und auch nicht der Faschismus als „national-sozialistisch“. In ihren Leichensummen gleichen sich beide imperialistische Player längst an. Spätestens seit Pinochet wuchs zusammen, was zusammengehört: Chicagoboy und KZ. Da muss linke Bündnispolitik den Profitkannibalismus der Kapitalfreiheit und des Faschismus gemeinsam angreifen und niederringen. Proletarisch und bürgerlich demokratisch: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen knechtet die Freiheit. Und befreit das Gesetz!“ (Rousseau)

Wo sich Linke allerdings weiter nur als Wurmfortsatz der spaltenden, politischen Correctness verstehen, um im wohligen Mainstream mitzusurfen, wird die Arbeiterbewegung immer schwächer, weil nur Antifaschismus, dieser zutiefst demokratische Antiimperialismus, den Kampf gegen Antikommunismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit einschließt, während politische Correctness locker damit surfen lässt. Da werden halt mal NATO-Truppen an die russische Grenze verlegt, „weil Putin homophob ist“. Da gilt schon mal ein „Schwamm drüber“, dass der antikommunistische Krieg des deutschen Monopolkapitals gegen „die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ 27 Millionen Sowjetmenschen getötet hat.

Es hat weltweit einige Faschismen ohne Antisemitismus und Homophobie gegeben. Aber keinen einzigen Faschismus ohne Antikommunismus, der nicht Gewerkschaften und linke Parteien als roten Kern eines organisiert werktätigen Potenzials für materielle Selbstermächtigung zerschlagen hat. Warum? Weil am Ende nur der Aufstand der Geschädigten gegen die Beschädiger sowohl individualpsychologisch, als auch in Klassen

und Schichten, nachhaltig den Rechten die Wähler entzieht und gegen Chauvinismus imprägniert. Und nichtimperialistische Milieus versöhnt. Vielleicht auch irgendwann bei uns.

(8. November 2017)

\*\*\*

## Stoppt Waffenexporte!

Ich unterstütze die Petition von Terres des Hommes für

- Stopp aller Exporte von Kleinwaffen und Munition.
- Stopp aller Waffenexporte in Länder mit bewaffneten Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und in Länder, in denen Kinder als Soldaten kämpfen müssen.

und bitte Euch, ebenfalls zu unterzeichnen:

<https://weact.campact.de/petitions/stoppt-waffenexporte>

\*\*\*



## 19. Legislaturperiode - alles bleibt anders?

Ich habe mich zwar mit der Annahme geirrt, dass „Jamaika“ zustande kommen würde, möchte aber auf dieses Interview zur Lage nach der Bundestagswahl, das weltnetz.tv (<https://weltnetz.tv>) mit mir führte, noch einmal aufmerksam machen. Darin wird auch die Diskussion innerhalb der Partei DIE LINKE und die wichtige Frage behandelt, welche Teile der Bevölkerung eine linke Politik vordringlich erreichen will.

<http://www.diether-dehm.de/index.php/home/audio-und-videodateien/1200-19-legislaturperiode-alles-bleibt-anders>

\*\*\*

## Volksinitiative für eine Bundesratsinitiative zur Vermögenssteuer

*Der Landtag möge beschließen:*

*Die Landesregierung wird aufgefordert, in den Bundesrat einen Gesetzesantrag einzubringen, durch den eine Vermögenssteuer eingeführt wird, die alle Vermögen bei einem Freibetrag von 1 Mio. Euro gleichmäßig bewertet und nach einem einheitlichen Steuersatz von 5 Prozent besteuert.*

*Das Gesetz soll sicherstellen, dass Betriebsvermögen bis zu 5 Millionen Euro von der Steuerpflicht freigestellt werden können und im Ausland angelegtes Vermögen ebenso besteuert wird wie das im Inland vorhandene.*

Diese Initiative haben die SpitzenkandidatInnen der LINKEN aus Niedersachsen zur letzten Bundestagswahl, Pia Zimmermann, Jutta Krellmann, Victor Perli und meine Person, sowie die vier SpitzenkandidatInnen zur Landtagswahl, Anja Stoeck, Hans-Henning Adler, Ursula Weisser-Roelle und Herbert Behrens ins Leben gerufen.

Die bürokratischen Hürden sind genommen. Zur Zeit werden auf den amtlichen Unterschriftenblättern für die Volksinitiative die Unterschriften gesammelt. Zeit dafür haben

wir bis zum 12.10.2018.

Hier kann die Anlage beliebig häufig kopiert und darf natürlich nicht verändert werden:

<http://www.diether-dehm.de/images/stories/2017/Unterschriftenbogen-VI-Vermögenssteuer.pdf>

\*\*\*

## **SOLIDARITÄT ZUERST! Meine Pressemitteilung zur Europarede des französischen Staatspräsidenten**

*Das "vielbeschworene 'Europäische Sozialmodell' (ist) keine gemeinschaftliche europäische Errungenschaft, sondern ein gedachter oder gewünschter gemeinsamer Nenner der existierenden nationalen Sozialstaaten in Europa." So die realistische Einschätzung des gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaftlers Steffen Lehndorff (Spaltende Integration, 326).*

Die jüngsten Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron orientieren demgegenüber unreflektiert auf eine Abkehr von der Konzeption eines EU-Sozialmodells. In ihnen werden ein aus Steuern finanziertes eigenes Budget für die EU und ein eigener Euro-Finanzminister gefordert, deren parlamentarische Kontrolle offen bleibt. Macron will eine "Aufrüstung" nach außen und nach innen durch gemeinsame europäische Streitkräfte und durch eine gemeinsame europäische Geheimdienstakademie. Schließlich wiederholt er seinen Vorschlag, die Wahlen zum EU-Parlament auf der Grundlage transnationaler Listen durchzuführen und damit der demokratischen Kontrolle durch die Parteimitglieder in den Mitgliedstaaten der EU zu entziehen. Er verbindet diese strukturellen Vorschläge mit der Forderung von Arbeitsmarktreformen zu Lasten der arbeitenden Menschen, mit Forderungen nach Lockerung des Kündigungsschutzes bei Arbeitsverhältnissen und mit der gleichzeitigen Begrenzung von zu zahlenden Entschädigungen bei ungerechtfertigten Kündigungen.

Bewusst knüpft Macron in seiner Konzeption an die "Agenda 2010" und an "Hartz IV" des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder an, deren unsoziale Auswirkungen zu großen Enttäuschungen und nach ihrer Fortsetzung und Verschärfung durch die Große Koalition unter Angela Merkel dazu geführt haben, dass bei den vergangenen Landtagswahlen und bei der aktuellen Bundestagswahl eine rechtsradikale Partei wie die AfD erheblich an Bedeutung gewonnen hat.

Gegen Macrons Vorschläge formiert sich in Frankreich Widerstand, von Seiten verschiedener Gewerkschaften und vieler Einzelner auf den Straßen des Landes. Zum politischen Zentrum werden zunehmend die Links-Partei "La France Insoumise (Das widerständige Frankreich)" und ihr Vorsitzender Jean-Luc Mélenchon. Diese müssen – auch im eigenen Interesse – zunehmend und nachhaltig von DER LINKEN in Deutschland unterstützt werden. Zugleich bedarf es bei uns einer nachhaltigen Abkehr und zügigen Rückgängigmachung der Agendapolitik, es bedarf armutsverhindernder Renten, wirksamerer Mindestlöhne und insgesamt menschenwürdigerer Sozialleistungen.

Die Unterstützung der sozialen Kräfte in andern EU-Ländern und eine offensive Politik vor allem in Deutschland sind gemeinsame Voraussetzungen für das Zurückdrängen der politischen Rechten und für eine wirksame neue Politik der Solidarität in der Europäischen Union. Da könnte der einzig erfreuliche Aspekt in Macrons Rede – dessen Bedenken, die EU zu einer weiteren Steuerschlupfzone für Google, Apple, Starbucks und Co auszubauen – ein Anfang für diese solidarische Politik sein.

(28. September 2017)

\*\*\*

## **Offener Brief – Für Freiheit und Vielfalt in Kunst und Kultur!**

Der offene Brief, der fraktionsübergreifend und auch von Nicht-Politikern unterzeichnet worden ist, ruft nach dem Einzug der AfD in das Parlament alle Demokratinnen und Demokraten im Bundestag zu einer klaren Haltung jenseits koalitionsstaktischer Erwägungen auf.

Keine Besetzung des Vorsitzes des Kulturausschusses durch die AfD! Hetze gegen Teile der Bevölkerung, Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und die Gefährdung einer pluralistischen Kultur- und Medienlandschaft dürfen keinen Raum bekommen!

<http://www.diether-dehm.de/index.php/kunstkultur/1191-offener-brief-fuer-freiheit-und-vielfalt-in-kunst-und-kultur>

Den Gewinn des fraktionsübergreifenden Umgangs wollte die Süddeutsche Zeitung offensichtlich nicht abbilden, da sie in ihrer Berichterstattung die Beteiligung der Partei DIE LINKE unterschlug.

<http://www.diether-dehm.de/index.php/home/pressemitteilungen/1192-wie-die-sz-mit-dem-offenen-brief-fuer-freiheit-und-vielfalt-in-kunst-und-kultur-umgeht>

Unser Offener Brief "Freiheit und Vielfalt in Kunst und Kultur" mit dem Zweck, einen Vorsitz der AfD im Kulturausschuss zu verhindern, hat eine breite Diskussion ausgelöst und starke Unterstützung aus der Zivilgesellschaft erreicht. 25.000(!) Menschen haben in wenigen Tagen mitgezeichnet.

\*\*\*

## **Konstantin Wecker: Nur DIE LINKE hat Mut gegen Großbanken und Rüstungslobby**

In Hannover trat Konstantin Wecker zusammen mit Albrecht Müller, Wolfgang Gehrcke, Rainer Butenschön, Shekib Mosadeq und mir auf und gab ein Statement gegen das „rebellische“ Image der AfD ab. Dieses Thema wird auch nach der Bundestagswahl weiter wichtig bleiben.

<http://www.diether-dehm.de/index.php/wahlen/1189-konstantin-wecker-nur-die-linke-hat-mut-gegen-grossbanken-und-der-ruestungslobby>

Weckers Rede und weitere Auftritte im Rahmen des Antikriegstags in Hannover unter der Programmatik "Schickt die NATO (Gelder) in die Rente" sind hier aufgezeichnet worden:

<https://weltnetz.tv/video/1288-schickt-die-nato-gelder-die-rente>

\*\*\*

## **Küstentour mit Sahra und Oskar vom 23. bis 25. August**

Höhepunkte meiner Wahlkampfaktivitäten zur Bundestagswahl waren die gemeinsamen Veranstaltungen mit Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine auf den Plätzen des Landes. Beide zogen immer wieder viele interessierte Bürgerinnen und Bürger an. Eine bebilderte Dokumentation findet ihr hier:

<http://www.diether-dehm.de/images/stories/2017/Kuestentour-mit-Sahra-und-Oskar.pdf>

\*\*\*

## **Der Kardiologe Eberhard Neumann geht mit Gesundheitspolitik hart ins Gericht**

Am 10. September begleitete ich die Veranstaltung mit Dr. Eberhard Neumann in Bad

Pyrmont über Auswirkungen der Privatisierung auf die Krankenhäuser, zu der die Partei DIE LINKE geladen hatte. Die finanzielle Ausblutung der ehemals kommunalen Krankenhäuser hat inzwischen katastrophale Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung und auf die Arbeitsbedingungen der im Gesundheitswesen Arbeitenden.

Hier der Bericht über den faktenreichen und sachkundigen Vortrag von Dr. Neumann:

<http://www.diether-dehm.de/index.php/home/veranstaltungen/1187-der-patient-ist-eine-profitgroesse-geworden-kardiologe-geht-mit-gesundheitspolitik-hart-ins-gericht>

\*\*\*

## Am 12. September starb Heiner Geißler

Meine Würdigung des Verstorbenen, der in seinen letzten Jahren beeindruckend für gerechtes Wirtschaften und eine andere Weltwirtschaftsordnung eintrat:

<http://www.diether-dehm.de/index.php/home/audio-und-videodateien/1183-diether-dehm-zum-tod-von-heiner-geissler-ein-grosser-humanist>

\*\*\*

## Hurrikan „Irma“: Der Klimawandel trifft die verletzbarsten Regionen

Mitte September tobte der Hurrikan „Irma“ durch die Karibik und hinterließ ungeheure Verwüstungen. Die Region erleidet jedes Jahr eine Hurrikan-Saison, aber dieses Mal war die Wucht unvergleichlich größer. Die Initiative „Helft den Hurrikan-Opfern in Kuba!“ sammelte Mittel für Kuba, dessen international anerkannt effektiver Zivilschutz die Gewähr bietet, dass die Hilfe bei der Bevölkerung ankommt.

<http://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/aktions-unterstuetzung/1181-helft-den-hurrikan-opfern-in-kuba>

\*\*\*

Dann möchte ich zum Ausgang des Jahres allen ein friedvolles Weihnachten, Gesundheit und Hoffnungen für ein engagiert gelebtes 2018 wünschen!

Ihr/Euer Diether Dehm

---

Lest und stärkt alternative Medien !

[Weltnetz.tv](#)

[NachDenkSeiten](#)

[Rationalgalerie](#)

### Impressum

Dr. Diether Dehm MdB

MdB-Büro von Dr. Diether Dehm  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: (030) 22773085  
Telefax: (030) 22776087  
E-Mail: [diether.dehm@bundestag.de](mailto:diether.dehm@bundestag.de)

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) abmelden.